S 2 R 32/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land -

Sozialgericht Landessozialgericht Sachsen-Anhalt

Sachgebiet Abteilung Kategorie Bemerkung Rechtskraft -

Deskriptoren -Leitsätze -

Normenkette SGB VI § 43

1. Instanz

Aktenzeichen S 2 R 32/17 Datum 15.07.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 R 236/21 Datum 01.02.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Dessau-RoÃ□lau vom 15. Juli 2021 wird zurückgewiesen.

Kosten sind auch f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Gründe:

Ι.

Der Rechtsstreit betrifft die Frage, ob der Kläger einen Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch (Gesetzliche Rentenversicherung â∏ SGB VI) hat.

Bei dem am â | 1964 geborenen Klà zer ist der Monat September 1980 der erste mit Pflichtbeitrà zen belegte Monat. Der Versicherungsverlauf enthà zlt zuletzt fà 1/4r November 2017 eine gemeldete Zeit fà 1/4r den Bezug von Arbeitslosengeld II.

Den Antrag des Klå¤gers auf Bewilligung einer Rente wegen Erwerbsminderung vom 19. Februar 2016 lehnte die Beklagte unter Hinweis auf ein Leistungsvermå¶gen des Klå¤gers von mindestens sechs Stunden tå¤glich få¼r leichte Arbeiten mit weiteren Funktionseinschrå¤nkungen ab (Bescheid vom 24. Juni 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 11. Januar 2017). Die Beklagte stå¼tzte sich hierbei im Wesentlichen auf die im Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren eingeholten Befundberichte und beigezogenen Rehabilitationsentlassungsberichte.

Hiergegen hat der KlĤger am 2. Februar 2017 Klage vor dem Sozialgericht Dessau-Roà lau erhoben und diese im Wesentlichen damit begrý ndet, dass er unter Schmerzen an Wirbelsà ule und Extremità ten leide und auch unter Schmerzmedikation maximal 400 m zu Fuà gehen könne. Er hat auf das fü die Agentur fü r Arbeit D. nach Aktenlage erstattete Gutachten vom 24. Mà zz 2016 verwiesen, in dem ihm ein vollschichtiges Leistungsvermögen fü r körperlich leichte bis mittelschwere Arbeiten attestiert wird.

In den vom Sozialgericht eingeholten Befundberichten hat die Fachärztin für Allgemeinmedizin S. unter dem 8. Februar 2018 eine Zunahme der Schmerzintensität bei der bei dem Kläger diagnostizierten Spinalkanalstenose mitgeteilt. Der Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie F. hat in seinem Befundbericht vom 16. Februar 2018 eine hochgradige Spinalkanalstenose als Diagnose angegeben. Die Beschwerden des Klägers seien unverändert ohne Besserungstendenz. Zu den Einzelheiten wird im Ã□brigen auf Blatt 73 bis 80, 82, 85 bis 86 und 89 bis 96 Bd. I der Gerichtsakten Bezug genommen.

Das Sozialgericht hat das Gutachten von dem Facharzt fýr Orthopädie und Chirurgie T. vom 1. Oktober 2018 eingeholt, das auf der Grundlage der ambulanten Untersuchung des Klägers am 26. September 2018 erstattet worden ist. Aus klinisch-objektiver Sicht hat der Sachverständige bei dem Kläger leichte bis mäÃ∏ige Funktionsstörungen an der Lendenwirbelsäule (LWS) festgestellt. Das von dem Kläger demonstrierte Schonhinken und Wegknicken des rechten Beines bzw. rechten FuÃ∏es bei der körperlichen Untersuchung des Gangbildes sei sozialmedizinisch nicht Ã⅓berzeugend. Der Kläger sei weiterhin in der Lage, eine leichte Beschäftigung, wie z.B. leichte Sortier- oder BÃ⅓roarbeiten, Ã⅓berwiegend im Sitzen mit den Ã⅓blichen Ruhepausen, Ã⅓ber sechs Stunden täglich auszuÃ⅓ben und viermal täglich mehr als 501 m in jeweils weniger als zehn Minuten zurÃ⅓ckzulegen. Die von dem Kläger angegebene Benutzung von zwei UnterarmgehstÃ⅓tzen sei auf eine psychische Alteration zurÃ⅓ckzufÃ⅓hren. Es bleibe abzuwarten, ob der Kläger durch die geplante Operation an der LWS am 4. Oktober 2018 eine Besserung angeben werde.

Aus der stationären Rehabilitation in der Rehabilitationsklinik G. vom 18. September bis zum 16. Oktober 2019 ist der Kläger nach dem Entlassungsbericht vom 23. Oktober 2019 mit einem Leistungsvermögen zumindest noch fÃ⅓r leichte körperliche Arbeiten von sechs Stunden und mehr täglich entlassen worden. Wegen der Wirbelsäulenerkrankung seien Arbeiten mit Ã⅓berwiegend einseitiger Körperhaltung, häufiges BÃ⅓cken oder Hocken, häufige Ã□berkopfarbeit oder

Torsionsbewegungen der Wirbelsäule, starke Vibrationsbelastungen oder Temperaturschwankungen, WitterungseinflÃ⅓sse, wie Kälte, Nässe oder Zugluft, nicht mehr zuzumuten. Die dort bescheinigte Arbeitsunfähigkeit bezieht sich auf das zu diesem Zeitpunkt noch fortbestehende Arbeitsverhältnis des Klägers als SchweiÃ∏er und Rohrleger.

Zu dem Entlassungsbericht vom 6. Juli 2020 über die stationäre psychotherapeutische Behandlung in der A-Klinik W. vom 22. April bis zum 16. Juni 2020 und dem Entlassungsbericht vom 31. August 2020 über die stationäre Behandlung in der Psychiatrie der A-Klinik B. W. vom 7. Juli bis zum 2. September 2020 wird auf Blatt 220 bis 223 und Bl. 229 Bd. II der Gerichtsakten Bezug genommen.

Die Beklagte hat im erstinstanzlichen Verfahren mit Schriftsatz vom 27. Januar 2021 unter ̸bersendung des Versicherungsverlaufs mit demselben Datum darauf hingewiesen, die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Rente wegen Erwerbsminderung seien bei dem Kläger nur bis zum 31. Dezember 2019 erfüllt.

Mit Urteil vom 15. Juli 2021 hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen und zur Begründung ausgeführt, die Kammer sei überzeugt, dass der Kläger in der Lage gewesen sei und noch sei, sechs Stunden und mehr täglich leichte Arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verrichten. Insoweit folge die Kammer auf Grund eigener Urteilsbildung dem Gutachten von T. vom 1. Oktober 2018 und dem Entlassungsbericht der Rehabilitationsklinik G. vom 23. Oktober 2019. Eine konkrete Verweisungstätigkeit habe die Beklagte nicht benennen müssen. Nach Einschätzung von T. sei der Kläger in der Lage, viermal täglich 500 m zurückzulegen. Dies begründe der Sachverständige nachvollziehbar. Das Ergebnis bestätige auch der Entlassungsbericht der Rehabilitationsklinik G. vom 23. Oktober 2019.

Der KlĤger hat gegen das ihm am 9. August 2021 zugestellte Urteil am 30. August 2021 Berufung bei dem Landessozialgericht Sachsen-Anhalt eingelegt. In der am 4. November 2021 bei dem Senat eingegangenen Berufungsbegründung hat der Kläger sein Vorbringen aus der ersten Instanz wiederholt und vertieft. Er sei seit dem 3. Dezember 2014 arbeitsunfähig. Sein bisheriger Beruf sei der eines SchweiÃ□ers. Das Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen T. sei veraltet und berücksichtige nicht die am 4. Oktober 2018 durchgeführte Revisionsoperation mit Korrekturspondylodese L2-S1.

Der KlĤger beantragt ausdrücklich:

Die Beklagte wird unter Aufhebung des Urteils des Sozialgerichts Dessau-Ro̸lau vom 15.07.2021 und des Bescheides vom 24.06.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 11.01.2017 verurteilt, ihm Rente wegen Erwerbsminderung zu bewilligen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ1/4ckzuweisen.

Sie hÃxIt das angefochtene Urteil für zutreffend.

Der Senat hat den Antrag des KlĤgers auf Prozesskostenhilfe mit Beschluss vom 5. Mai 2022 abgelehnt und in diesem Zusammenhang erneut auf die bei dem KlĤger letztmalig am 31. Dezember 2019 erfĽllten besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen fľr eine Rente wegen Erwerbsminderung hingewiesen. Die hiergegen vom KlĤger erhobene AnhĶrungsrľge und Gegenvorstellung sind ohne Erfolg geblieben (Beschluss des Senats vom 29. Juni 2022 im Verfahren L 3 R 151/22 RG).

Mit gerichtlichem Schreiben vom 5. Mai 2022 sind die Beteiligten zu einer Entscheidung des Senats gem $\tilde{A} = \tilde{A} = 153$ Abs. 4 Sozialgerichtsgesetz (SGG) angeh \tilde{A} frt worden.

Der vom 7. Juni bis zum 20. September 2022 zustĤndig gewesene Berichterstatter hat am 8. September 2022 die Sache in nicht-Ķffentlicher Sitzung mit den Beteiligten erĶrtert.

Der Kl \tilde{A} ¤ger hat mit Schriftsatz vom 6. Oktober 2022 auf die Einreichung seiner Arbeitsunf \tilde{A} ¤higkeitsbescheinigungen bei der Agentur f \tilde{A} ½r Arbeit verwiesen. Er sei deshalb davon ausgegangen, \hat{a} bei der Agentur f \tilde{A} ½r Arbeit in W. weiterhin gemeldet \hat{a} zu sein. Auf seine wohl weitergereichte Anfrage bei der Agentur f \tilde{A} ½r Arbeit habe ihm das Jobcenter mit Schreiben vom 15. September 2022 mitgeteilt, dass ab Dezember 2010 kein Anspruch mehr auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch bestanden habe. Im \tilde{A} brigen wolle er noch einmal \tilde{A} ½cksprache mit seinem behandelnden Facharzt f \tilde{A} ¾r Orthop \tilde{A} ¤die G. nehmen.

Die Beklagte hat mit Schriftsatz vom 13. Dezember 2022 mitgeteilt, ein Kontenkl \tilde{A} ¤rungsverfahren sei bei ihr nicht offen. F \tilde{A} $\frac{1}{4}$ r die Zeit ab dem 2. Oktober 2017 seien keine rentenrechtlichen Zeiten in das Versicherungskonto des Kl \tilde{A} $\frac{1}{4}$ bermittelt worden.

Mit gerichtlichem Schreiben vom 14. Dezember 2022 ist die Anhörung der Beteiligten zu einer Entscheidung des Senats gemäÃ∏ <u>§ 153 Abs. 4 SGG</u> wiederholt worden.

Mit Schriftsatz vom 20. Dezember 2022 hat der Kläger mitgeteilt, Rþcksprache mit G. gehalten zu haben, der eine erneute Begutachtung empfohlen habe. Da die Begutachtung durch T. vor der Operation am 4. Oktober 2018 stattgefunden habe, sei eine abschlieÃ□ende Beurteilung hier daher nicht erfolgt.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Gerichtsakten sowie auf die Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen. Diese Akten haben bei der Entscheidungsfindung des Senats vorgelegen. Der Senat hat nach $\frac{\hat{A}\S 153 \text{ Abs. 4 SGG}}{153 \text{ Abs. 4 SGG}}$ durch Beschluss entscheiden $k\tilde{A}\P$ nnen, weil er die Berufung einstimmig $f\tilde{A}^{1}/_{4}r$ unbegr $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndet und eine $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndliche Verhandlung nicht $f\tilde{A}^{1}/_{4}r$ erforderlich $h\tilde{A}$ xlt. Die Beteiligten sind vorher geh \tilde{A} \P rt worden.

Die zulĤssige Berufung ist unbegründet. Zu Recht hat das Sozialgericht die Klage abgewiesen. Der angefochtene Bescheid ist rechtmäÃ∏ig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten (§Â§ 153 Abs. 1, 54 Abs. 2 Satz 1 SGG).

Der Kläger erfÃ⅓Ilt die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen fÃ⅓r eine Rente wegen Erwerbsminderung nur bis zum 31. Dezember 2019. Die Voraussetzungen der Ã□bergangsvorschrift in § 241 Abs. 2 SGB VI sind nicht gegeben, weil er vor dem 1. Januar 1984 nicht die allgemeine Wartezeit von 60 Monaten erfÃ⅓Ilt. Der belegbare Zeitraum von September 1980 bis Dezember 1983 hat insgesamt nur 40 Monate. Der Versicherungsverlauf enthäIt zuletzt fÃ⅓r November 2017 eine gemeldete Zeit fÃ⅓r den Bezug von Arbeitslosengeld II. Anhaltspunkte dafÃ⅓r, dass das Versicherungskonto des Klägers unvollständig sein könnte, ergeben sich hier nicht.

Der KlĤger war im maÄ□gebenden Zeitraum bis zum 31. Dezember 2019 nicht erwerbsgemindert. Das Sozialgericht hat zu Recht unter Heranziehung der zutreffenden Rechtsgrundlage des § 43 SGB VI entschieden, dass der KlĤger in dem zu beurteilenden Zeitraum noch in der Lage war, tĤglich mindestens sechs Stunden auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt jedenfalls kĶrperlich leichte und geistig einfache Arbeiten unter Beachtung qualitativer LeistungseinschrĤnkungen zu verrichten. Der Senat verweist zwecks Vermeidung von Wiederholungen zur Begrļndung auf die zutreffenden Ausfļhrungen des Sozialgerichts in seinem Urteil vom 15. Juli 2021 und macht sich diese aufgrund eigener Ä□berzeugungsbildung zu eigen (§ 153 Abs. 2 SGG).

Die Berufungsbegrļndung und die Stellungnahmen des KlĤgers im Berufungsverfahren rechtfertigen keine andere Beurteilung. Soweit der KlĤger seine Berufung auf eine bereits seit Dezember 2014 bestehende ArbeitsunfĤhigkeit stützt, lässt dies bei der mit körperlich schwerer Arbeit verbundenen letzten BeschĤftigung als SchweiÄ∏er keinen Rückschluss auf ein eingeschrĤnktes LeistungsvermĶgen für die maÃ∏gebenden körperlich leichten Arbeiten zu. Dass bei einem ma̸gebenden Leistungsvermögen bis Dezember 2019 die vorliegenden medizinischen Unterlagen veraltet sein ka ¶nnten, erschlie̸t sich für den Senat nicht. Weitere Ermittlungen des Senats sind vor dem Hintergrund, dass die besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen letztmalig bei einem bis zum 31. Dezember 2019 eingetretenen Leistungsfall erfüllt wären, nicht zielführend gewesen. Die M. GmbH stellte nach einer ambulanten Rehabilitation mit Schwerpunkt im orthopÄxdischen Bereich im Entlassungsbericht vom 11. MÄxrz 2015 noch ein LeistungsvermÄgen des KIägers für körperlich leichte bis mittelschwere Arbeiten fest. Die Agentur für Arbeit Dessau-Ro̸lau schloss sich dieser Einschätzung in der gutachterlichen Stellungnahme nach Aktenlage vom 24. März 2016 noch unter Annahme eines vollschichtigen LeistungsvermĶgens für leichte bis gelegentlich mittelschwere Arbeiten im Wesentlichen an. Der gerichtliche SachverstĤndige T. hat in seinem

Gutachten vom 1. Oktober 2018 überzeugend dargelegt, aus klinisch-objektiver Sicht lägen bei dem Kläger leichte bis mäÃ∏ige Funktionsstörungen an der LWS vor. Die von dem Kläger gerügte fehlende abschlieÃ∏ende Beurteilung des LeistungsvermĶgens unter Berücksichtigung der am 4. Oktober 2018 durchgeführten Revisions-Operation sieht der Senat nicht für gegeben an, da diese nach der stationĤren Rehabilitation in der Rehabilitationsklinik G. vom 18. September bis zum 16. Oktober 2019, die also zeitnah vor dem Ende der besonderen versicherungsrechtlichen Voraussetzungen fļr die begehrte Rente erfolgt ist, mit dem ausfļhrlichen Entlassungsbericht vom 23. Oktober 2019 mit einem darin dokumentierten LeistungsvermĶgen des KlĤgers zumindest noch für leichte körperliche Arbeiten von sechs Stunden und mehr täglich vorliegt. Die stationÄxre psychotherapeutische Behandlung in der A-Klinik W. hat schon nach dem hier maÄngebenden Zeitraum stattgefunden. Der Entlassungsbericht vom 6. Juli 2020 gibt eine Extrembelastung des KlĤgers durch die (weitere) Versagung der Rente nach der LeistungseinschÄxtzung durch die Rehabilitationsklinik G. wieder, die keinen Bezug zum LeistungsvermĶgen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufweist. Nach der weiteren stationĤren Behandlung in der Psychiatrie der A-Klinik B. W. vom 7. Juli bis zum 2. September 2020 lassen sich dem Entlassungsbericht vom 31. August 2020 keine Hinweise auf ein rentenrelevant gemindertes LeistungsvermĶgen für den Zeitraum bis Dezember 2019 entnehmen. Der KIäger hat nicht plausibel erläutert, welche Rückschlüsse aus seinem aktuellen Gesundheitszustand fÃ1/4r den Zeitraum bis Dezember 2019 gezogen werden kA¶nnten.

Bei dem KlĤger lag auch zumindest bis zum 31. Dezember 2019 weder eine schwere spezifische Leistungsbehinderung noch eine Summierung ungewĶhnlicher LeistungseinschrĤnkungen vor, die trotz des LeistungsvermĶgens von mehr als sechs Stunden tĤglich zur Verschlossenheit des allgemeinen Arbeitsmarktes fļhren wļrden. Die Beklagte war daher nicht verpflichtet, unter diesem rechtlichen Gesichtspunkt einen konkreten Arbeitsplatz zu benennen (vgl. Beschluss des GroÄ∏en Senats [GS] des Bundessozialgerichts [BSG] vom 19. Dezember 1996 â∏ GS 2/95 -, BSGE 80, 24, 33 f.; BSG, Urteil vom 11. Dezember 2019 â∏ B 13 R 7/18 R -, juris, RdNr. 22ff.). Das LeistungsvermĶgen des KlĤgers reichte vielmehr noch fļr TĤtigkeiten wie z.B. ein Zureichen, Abnehmen, Reinigungsarbeiten, Sortieren, Verpacken und Zusammensetzen von kleinen Teilen aus. Die FĤhigkeit des KlĤgers, solche TĤtigkeiten zu verrichten, hat der SachverstĤndige T. in seinem Gutachten vom 1. Oktober 2018 fļr gegeben erachtet.

Der Senat ist auch nicht davon überzeugt, dass bei dem Kläger bis zum 31. Dezember 2019 ein Katalog- oder Seltenheitsfall vorlag, der zu einer Verschlossenheit des allgemeinen Arbeitsmarktes führen könnte. Der Arbeitsmarkt gilt auch dann als verschlossen, wenn einem Versicherten die so genannte Wegefähigkeit fehlt; zur Erwerbsfähigkeit gehört auch das Vermögen, einen Arbeitsplatz aufsuchen zu können (vgl. GS BSG, Beschluss vom 19. Dezember 1996, a.a.O., zu Katalogfall 2). Dabei ist ein abstrakter MaÃ□stab anzuwenden. Ein Katalogfall liegt nicht vor, soweit ein Versicherter täglich viermal Wegstrecken von knapp mehr als 500 m mit einem zumutbaren Zeitaufwand von bis zu 20 Minuten zu FuÃ□ zurücklegen und zweimal öffentliche Verkehrsmittel

während der Hauptverkehrszeiten unter Berücksichtigung aller ihm zur Verfügung stehenden Mobilitätshilfen benutzen kann. Eine Feststellung, die dem Senat die Grundlage für die Annahme bieten könnte, dass der Kläger die Voraussetzungen einer rentenrelevanten Einschräunkung seiner Wegefänigkeit im Sinne dieser durch Richterrecht überzeugend festgelegten Voraussetzungen bis spĤtestens bis zum 31. Dezember 2019 erfļllte, liegt nicht vor. In seinem Gutachten vom 1. Oktober 2018 hat der gerichtlichen SachverstĤndigen T. aus klinisch-objektiver Sicht das von dem KlĤger demonstrierte Schonhinken und Wegknicken des rechten Beines bzw. rechten Fu̸es bei der körperlichen Untersuchung des Gangbildes für sozialmedizinisch nicht überzeugend gehalten. Der KlĤger sei weiterhin in der Lage, viermal tĤglich mehr als 501 m in jeweils weniger als zehn Minuten zurļckzulegen. In dem Gutachten des Sachverständigen sind im Ã∏brigen die Angaben des Klägers zur Benutzung seines Pkw (dessen Eigentümer der Kläger nach seinen Angaben zur Prozesskostenhilfe zumindest noch bis zum 23. August 2021 gewesen ist) für kÃ1/4rzere Strecken wiedergegeben.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 Abs. 1 SGG.

Gründe für eine Zulassung der Revision im Sinne von § 160 Abs. 2 SGG liegen nicht vor. Es handelt sich um eine Einzelfallentscheidung auf gesicherter Rechtsgrundlage, ohne dass der Senat von einer Entscheidung der in § 160 Abs. 2 Nr. 2 SGG genannten Gerichte abweicht.

Â

Erstellt am: 24.11.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024